



Gefahr aus der Tiefe

Nach mehr als 70 Jahren soll endlich das Thema gefährliche Munition auf den Meeresgründen von Nord- und Ostsee angegangen werden.

In der Nord- und Ostsee liegen geschätzt 1,6 Millionen Tonnen versenkter Munition aus dem Zweiten Weltkrieg, darunter auch Giftgasgranaten. Mehr als 70 Jahre nach Ende des Krieges gibt es endlich einen Beschluss im Bundestag, dass die Bundesregierung technische Lösungen für das Kampfmittel-Problem in den Meeren entwickeln soll. Es soll möglichst vermieden werden, dass sich als Folge von Unterwasserräumungen Giftstoffe im Meer verbreiten. Außerdem soll festgelegt werden, dass die gefährlichsten Altlasten zuerst beseitigt werden.

Überall in den Hoheitsgewässern Deutschlands sind auf Seekarten gefährliche Gebiete mit den Hinweis „Ankern und Fischen verboten“ und „Munition“ ausgewiesen. Bei Wassersportlern und Fischern, die diese Gebiete überfahren, hat nach Jahrzehnten ein Gewöhnungsprozess eingesetzt. Das Problem wird verdrängt. Dabei sind die Altlasten nach Ansicht von einigen Wissenschaftlern schon lange eine ernstzunehmende Umwelt- und Sicherheitsgefahr. Wissenschaftliche Versuche in Russland haben ergeben, dass Munition im Meer verstärkt nach 60 bis 70 Jahren durchrostet und so auch Giftstoffe austreten können.

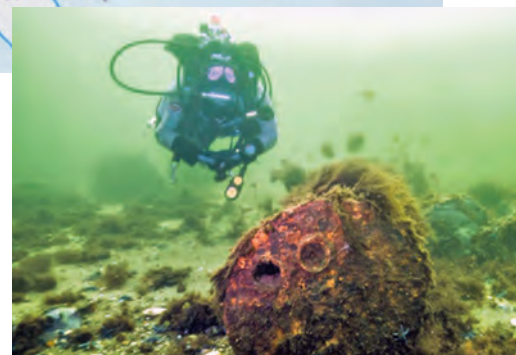
Seit einigen Jahren beschäftigen sich Wissenschaftler des Geomar Helmholtz-Zentrums in Kiel mit dem Thema. Die Experten konnten nachweisen, dass es in der Ostsee messbare Belastungen mit TNT und TNT-Abbauprodukten gibt. Laut Mess-

ergebnissen von Toxikologen der Kieler Christian-Albrechts-Universität weisen darüber hinaus Miesmuscheln sprengstofftypische Verbindungen in ihren Körpern auf. Bislang sollen die Werte allerdings für Menschen nicht bedenklich sein.

Schon Ende des Jahres 2008 hatte ein Expertentreffen zu dem Thema, zu dem die niedersächsischen Landtags-Grünen eingeladen hatten, für Aufsehen gesorgt. Stefan Nehring, Meeresbiologe und Fachmann für Kriegsmunition in Nord- und Ostsee, hatte referiert, dass Behörden die Gefahr auf dem Meeresboden bewusst verharmlosten. Im Gerangel um Zuständigkeiten würde viel heruntergespielt. Nehring, der als Gutachter für Land und Bund arbeitet, hatte von „Stillschweigeabkommen“ gesprochen - und das, obwohl angespülte Munition immer wieder Verletzte fordere.

So ließe sich auch der ein oder andere Widerspruch in Dokumenten erklären, die Nehring zusammengetragen hat. In einer „Kleinen Anfrage“ wollte etwa der FDP-Mann Günther Hildebrand 2001 wissen, von welchen Kampfmittel-Lagerstätten in schleswig-holsteinischen Küstengewässern die Landesregierung weiß. Antwort: „Genaue Unterlagen über die Verklappungsmaßnahmen nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges sind nicht vorhanden.“ Doch bereits 1980 hatte Niedersachsen auf ausdrückliche Bitte des Innenministers aus Schleswig-Holstein detailliert berichtet, dass 90 Tonnen Gasgranaten aus dem niedersächsischen Diepholz Ende 1949 vor Helgoland versenkt worden waren. Sogar die exakte Position wurde den Kielern mitgeteilt.

Heute sind die meisten Unterwasserplätze in Nord- und Ostsee bekannt, an denen nach dem Krieg die



Fotos: Geomar Helmholtz-Zentrum

Die Seekarte macht deutlich, wo überall Munition auf dem Meeresgrund liegt. Der Tauchereinsatz zeigt den Zustand der Munition. Vereinzelt wurden alte Minen gesprengt.

Munition ins Wasser gekippt wurde. Kürzlich hat man begonnen, Muscheln in speziellen Netzen über mit Munition verseuchten Gebieten zu verankern, um Veränderungen bei ihnen feststellen zu können. Für den Umweltminister des Landes Schleswig-Holstein, Jan Philipp Albrecht, dient diese Messkampagne dem Ziel, Daten über die Belastung der Natur festzustellen, um die Dringlichkeit der Bergung zu belegen.

Die komplette Bergung der Munition wird nach Schätzungen von Experten einen dreistelligen Milliardenbetrag kosten. Das Geld scheint gut angelegt zu sein, wenn man die drohende Gefahr, auf die die Wissenschaft schon vor Jahren hingewiesen hatte, berücksichtigt. Ihr damaliges Horrorgemälde besteht aus mutierten Fischen, abgesperrten Stränden und erkrankten Küstenbewohnern.